

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.80 Mark für das Vierteljahr ohne Beleglohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 24

Sonntag, den 15. Juni

1919

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens.

Reichswirtschaftsminister Wiffell hielt am vergangenen Donnerstag in Berlin eine Rede, in der er sich über die Organisation des künftigen Wirtschaftslebens folgendermaßen äußerte:

Ganz offenbar hat es das Volk noch nicht erkannt, daß die Zeit des materiellen Wohlstandes für uns vorbei ist, daß wir wirklich arm sind, trotz des Reichtums an papierenen Zahlungsmitteln. Die Ereignisse seit der Revolution haben diese Lage noch wesentlich verschlimmert. Unsere Produktion war empfindlich gestört und wir mußten zur Bezahlung von Lebensmitteln fast die Hälfte unseres Geldes abgeben. Durch die Wiedergutmachung, die uns nach dem Wilsonprogramm obliegt, wird unsere Auslandsverschuldung unermeßlich vermehrt. Wir dürfen uns und das Volk nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir von der nächsten Zukunft vielleicht eine kleine Verbesserung der Lebenshaltung erwarten können, daß aber in Deutschland im allgemeinen auch weiter Schmalhans Küchenmeister bleiben wird.

Die Arbeitskraft ist unser höchstes wirtschaftliches Gut. Sie gilt es restlos zu betätigen.

Zur vollen Ausnutzung unserer produktiven Kraft gelangen wir nur, wenn wir in der Arbeiterschaft die alte Arbeitsfreudigkeit wieder herstellen. Dies kann durch keine äußere oder innere Gewalt erreicht werden. Wir müssen versuchen, ein inneres Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit herzustellen, die soziale Frage zu lösen. Der Arbeiter, der durch die moderne Technik allzusehr zur Maschine erniedrigt wurde, muß wieder zum Bewußtsein einer im Interesse der Gesamtheit notwendigen und deshalb menschenwürdigen Arbeit gebracht werden. Zu diesem Zweck muß die Arbeiterschaft auch an den wirtschaftlichen Vorgängen der Volksgemeinschaft und der Wirtschaftskörper teilnehmen.

Beim Wiederaufbau einer zerrütteten Wirtschaft muß man sorgfältig die Vereinigungstendenzen der produktiv tätigen Bevölkerung nutzbar machen. Schon vor dem Kriege hat sich das Solidaritätsgefühl innerhalb der Berufsgruppen als die stärkste gesellschaftsbildende Kraft erwiesen. Auf diesen Kräften muß man die neue Wirtschaftsordnung aufbauen. Wir müssen den Gedanken der Selbstverwaltung, der in den regionalen Organisationen vor mehr als hundert Jahren den Wiederaufbau des Staates ermöglichte, jetzt auf die Organisationen der Wirtschaft erstrecken. In diesen fachlichen Wirtschaftsorganisationen sollen die Arbeitnehmer paritätisch mit den Arbeitgebern beteiligt werden.

Dieses sind in großen Zügen die Gedanken, welche das Reichswirtschaftsministerium zu dem von mir schon mehrfach dargelegten Plane einer fachlichen Wirtschaftsorganisation geführt haben.

Ich nehme gern Gelegenheit, zu den wesentlichsten hiergegen laut gewordenen Einwendungen Stellung zu nehmen. Ich habe jedesmal, wenn ich über unsere Organisationspläne gesprochen habe, betont, daß wir von den bisherigen Methoden der Kriegswirtschaft uns so gründlich und schnell wie möglich abwenden wollen. An die Stelle dieser bürokratisch-polizeistaatlichen Methode wollen wir das Prinzip der Selbstverwaltung stellen. Aber solange wir noch nicht eine Wirtschaftsorganisation besitzen, die der Bevölkerung gegenüber die Verantwortlichkeit für eine gerechte und gleichmäßige Befriedigung ihrer Bedürfnisse übernehmen kann, können wir die Kriegswirtschaft nicht von heute auf morgen beseitigen. Ihr Abbau wird sich um so schneller vollziehen, je schneller Selbstverwaltungskörper ins Leben treten. In Zeiten der Not können wir nicht ohne weiteres den wirtschaftlichen Dingen ihren Lauf lassen. Zeiten der Not müssen Zeiten der Pflichterfüllung sein, wenn nicht die Not zum physischen Kampf aller gegen alle führen soll. Ganz unentbehrlich ist, wie ich kürzlich in Hamburg näher dargelegt habe, eine gemeinsame wirtschaftliche Kontrolle des Außenhandels. Mit den Außenhandelsstellen habe ich einen wesentlichen Schritt in der Richtung wirtschaftlicher Selbstverwaltung getan. Doch hält sich diese Organisation von dem uns vorschwebenden Ziel noch ziemlich weit entfernt. Gegen unsere Pläne wendet man weiter ein, die Persönlichkeiten, welche zur Leitung der Organisationen berufen würden, würden ihre Macht nicht sowohl im Interesse der Gruppe als im eigenen Interesse mißbrauchen. Sollte es wirklich nicht möglich sein, in Deutschland einige hundert Menschen zu finden, die sich zur ehrenhaften Führung der gemeinwirtschaftlichen Interessen erheben können? Eine starke Konzentration sowohl in den Formen des kapitalistischen Großbetriebes,

der kapitalistischen Vertrauens- und Versippung einerseits, als in den Formen der mehr genossenschaftlichen Verbindung, Syndizierung, Kartellierung andererseits beschränkten den freien Wettbewerb in wachsendem Maße. Das Ziel dieser wirtschaftlichen Gebundenheiten war allerdings rein privatwirtschaftlich. Was wir jetzt planen, kann man sich als eine gemeinwirtschaftliche Fortbildung dieser Organisationsformen vorstellen. Ganz ohne staatlichen Zwang wird diese Fortentwicklung nicht möglich sein. Von allen Bedenken gegen unsere Pläne hat mich die Auffassung am meisten überrascht, das Ausland werde sich widersetzen. Unsere Wirtschaftsverbände sollen genossenschaftliche Zusammenschlüsse aller Unternehmungen, der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer, sein. Sie beruhen auf demokratischer Grundlage und stellen soziale Arbeitsgemeinschaften dar. Hierin kann das Ausland keine Bedrohung sehen. Die Lasten des Wilsonprogramms zwingen uns zu planmäßiger Wirtschaft, zu einer Zusammenfassung aller Kräfte in der deutschen Gemeinwirtschaft. Zudem gibt es für Deutschland keinen andern Weg zur Lösung der sozialen Frage, als die mithandelnde und mitverantwortliche Beteiligung der Arbeiterschaft an den wirtschaftlichen Vorgängen.

Wir werden den großen Prozeß der Zeit gewinnen, denn endlich, und diese Zuversicht ist uns Vermächtnis unseres großen Schiller — „endlich an dem Ziel der Zeit, wenn anders die Welt einen Plan, wenn des Menschen Leben irgend nur Bedeutung hat, endlich muß die Vernunft und Sittlichkeit siegen, die rohe Gewalt der Form erliegen“.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe.

Meine Herren! Es ist ferner zu prüfen, ob nicht in den Verhältnisse gewisse Umstellungen notwendig sind, ich erwähne nur, daß es eine Ueberfülle von Betriebsstätten (Fabrikbetrieben) gibt, die nicht leben und nicht werden können, wo man vielleicht besser eine Konzentrierung herbeiführen könnte. Arbeiterinteressen brauchen hierbei nicht geschädigt zu werden. Die leer gewordenen Fabrikräume können sehr gut als Wohnungen benutzt werden. Dieser Prozeß wird sich später vielleicht von selbst entwickeln, aber augenblicklich ist der Zustand so, daß infolge der unwirtschaftlichen Betriebsart das Generalunterkonto viel zu hoch belastet ist. Eine zweite Frage ist die Frage der Heimarbeit. Auch da würde zu prüfen sein, ob nicht Beschränkungen einzuführen sind. Ferner ist die Frage des Zusammenschlusses von kleineren und mittleren Fabrikanlagen auf genossenschaftlicher Grundlage zwecks gemeinsamen Einkaufs der Rohstoffe zu erwägen. Es muß das Bestreben der heutigen Zeit sein, möglichst sparsam zu wirtschaften, d. h. den Produktionsprozeß möglichst billig zu machen. Es wird auch nicht zu unangehen sein, wenn eine Preisüberwachung stattfindet bezüglich der Rohstoffe, daß auch für die Herstellung einer Preiskontrolle sowohl gegen Schänderei als auch gegen Wucher geschaffen wird, wie das auch von der Zentrale für Preisüberwachung mit Erfolg durchgeführt worden ist. Wenn man diesen Weg weiter verfolgt, wird man natürlich auch den Groß- und Kleinhandel mit Tabakwaren einer Preisüberwachung unterwerfen müssen.

Es empfiehlt sich ferner, sich darüber schlüssig zu machen, ob es nicht notwendig ist, die Angehörigen und Arbeiter bei einer Reihe von Fabrikmaßnahmen mit heranzuziehen. Ferner ist zu erwägen, solange die Zwangsjade der Kontingentierung bleibt, wie dem tüchtigsten Fabrikanten gegenüber dem untüchtigen eine Entwicklungsmöglichkeit zu gewähren ist. Meine Herren! Es wird hierüber von einigen Herren gelaicht, ich bitte aber, nicht zu lachen, sondern nachzudenken. Es sind schon dahingehende Vorschläge gemacht worden, über die wohl beraten werden kann.

Meine Herren! Für den Betrieb der Waren erhebt sich auch die Frage, in welcher Form er sich vollziehen soll, ob mehr sozialistisch oder genossenschaftlich oder individualistisch. Man wird zu prüfen haben, ob nicht die Zahl der Existenzen im Kleinhandel zu groß ist, ob sie nicht zum wenigsten gegen weitere Verdrängerung geschützt werden muß, ob es sich nicht auch empfiehlt, wenn die Einfuhr und die Herstellung kontingentiert ist, daß dann auch der einzelne Groß- und Kleinhändler kontingentiert wird. Auch diese Fragen muß zunächst innerhalb der Berufsorganisationen des Handels mit Tabakwaren selbst Stellung genommen werden. — Zur Regelung der Herstellung und des Vertriebes kommt schließlich die Regelung des Arbeitsverhältnisses und die Wohlfahrtspflege. Eine besondere Organisation der Betriebsleiter in dem Tabakgewerbe besteht nicht, ebenso wenig eine solche der Angestellten. Bei den Arbeitern haben wir die Gewerkschaftsrichtungen. Daneben besteht auf der Arbeitgeberseite eine Reihe von Bezirksvereinen, die noch nicht zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen sind. Es kann sich m. E. für die Arbeitgeber nur darum handeln, einen einheitlichen wirtschaftlichen Verband und einen einheitlichen Arbeitgeberverband zu bilden. Die Unterschiede und Gegensätze, die jetzt bestehen, können wohl ausgeglichen werden. Ich glaube, wenn eine einheitliche Phalanx der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sich gebildet hat, daß dann auch der Boden vorliegt, um in einer übergeordneten Arbeitsgemeinschaft erproblich zusammenzutreten. Die jetzige sogenannte Arbeitsgemeinschaft der Industrie und der Arbeiterschaft steht nur auf dem Papier, ihr haftet der Charakter der Kampfsorganisation an, sie wird ihn verlieren, wenn sie als zwei gleiche, wertvolle Steine eingebaut werden in das neu zu errichtende Gebäude. Dann wird Steph. Georges Wort wahr werden: „In neuer Form und Farbe wird gebeden der Streit von Mensch mit Mensch.“ — Hierzu käme dann noch die Frage der Wohlfahrtspflege. Da ist es wohl erwünscht, daß die Mittel, die die Zentrale aus ihrer Verwaltung erwirbt hat, in den Dienst dieses Gedankens gestellt werden, sowohl für die Arbeiter wie für die Angestellten, und auch für in Not geratene Schriftkanten. Gedacht ist daran, daß für die Angestellten ein Erholungsheim errichtet wird in der Weise, daß ein geeigneter Haus gekauft oder gebaut wird und dies der deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-

holungshelme übereignet wird unter der Gegenleistung, eine entsprechende Anzahl Freibetten zur Verfügung zu stellen. Ferner ist an die Beschaffung von Hausrat für heimgekehrte Krieger gedacht. Besonders ist der Gedanke für die Arbeiter betont worden, wie er hier zum Teil schon verwirklicht ist und gute Früchte getragen hat. Es befinden sich in den drei Kreisen Minden, Lübbecke und Herford 5145 Häuser mit Land im Eigentum von Tabakarbeitern. Die Wohlfahrtsabteilung wäre die geeignete Stelle, unter Mitwirkung der Beteiligten die breite Grundlage für die Bearbeitung dieser Frage zu schaffen.

Meine Herren! In dem Selbstbetriebskörper und Selbstverwaltungsgebilde des Tabakgewerbes würden sich somit drei Hauptabteilungen ergeben: 1. Rohstoffbeschaffung und -verteilung mit den Unterabteilungen für Auslandsstabak, Inlandsstabak und Außenhandelsangelegenheiten, 2. Herstellung und Vertrieb mit je einer Unterabteilung, 3. Regelung des Arbeitsverhältnisses und Wohlfahrtspflege. Natürlich müßten sich in allen Abteilungen Vertreter aller einzelnen Gruppen befinden, so daß eine einheitliche Atmosphäre das ganze Gewerbe durchzieht. Für den Verwaltungsausschuss müßten aus den drei Abteilungen Vertreter in diesen gewählt werden, sein engerer Vorstand müßte an den Arbeiten aller Abteilungen teilnehmen.

Ich fasse zusammen: Wenn das Tabakgewerbe rechte Volkswirtschaft treiben will, und das ist notwendig, dann muß es näher zusammenrücken, muß sich in allen Teilen selbst bewirtschaften, alle Gruppen müssen engere Fühlung miteinander haben, keine Geheimniskammer vor einander, sondern allezeitige Verständigung und Mitarbeit. In dieser Geschlossenheit wird das Tabakgewerbe seine berechtigten Interessen auch politisch zur Geltung bringen können, daß es als gleichberechtigt mit anderen Gewerkschaften anerkannt wird und bestimmenden Einfluß gewinnt auf sein Selbstgeschick. Die neue Zeit zeigt neue Wege, unter Blick darf nicht stehen bleiben an dem Unschönen, das jede Säkularität mit sich bringt, es wird sich klären mit Naturnotwendigkeit, helfen wir mit dazu beitragen, daß im Tabakgewerbe auf der Grundlage menschlichen Verstandes und Empfindens und nichtster praktischer Erwägungen Erprobliches für die Gesamtheit geschaffen wird, kann helfen wir auch uns selbst und unserm Vaterlande in der jetzigen Not am besten (Weisall)

Aus Berlin.

Am 30. Mai fand in Berlin eine Mitglieberversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1919; 2. Bericht der Inspektionskommission; 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftskonkordat; 4. Beschlußnahme. Zu Punkt 1 gab Kollege Kallier den Kassenbericht. Die Einnahme betrug insgesamt 2402,85 M., dem eine Ausgabe von 1829,16 M. gegenüberstand. Hieron wurden 14500 M. an den Vorstand abgeführt. Die Kassa hatte eine Einnahme von 7053,04 M. und eine Ausgabe von 2592,60 M. zu verzeichnen. Darauf gab Kollege Kallier bekannt, daß die Kassa eine erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen habe. Diefelbe ist seit Oktober 1918 von 1035 bis 1. April 1919 auf 2808 gestiegen. Leider müßte man aber auch betonen, daß die Situation noch eine sehr große sei. Fast 400 Mitglieder müßten wegen Beitragsrückstandes ausgeschieden werden. Ein Zeichen, daß viele Tabakarbeiter den Gedanken der Organisation noch nicht begriffen haben. Den Bericht der Inspektionskommission gab der Kollege Kallier vor. Er gab an, daß auf das Verlangen des Ortsvereins 29 Bemerkungen eingegangen seien, darunter Disziplinarvertritte und sonstige Mißstände. Die Wahl sei auf den Kollegen Kallier, Lehme gefallen und zwar habe sich die Kommission einstimmig für denselben entschieden. Die Abstimmung in der Versammlung gab auch die einstimmige Bestätigung für den Kollegen Kallier. Darauf warf Kollege Kallier das Wort und dankte für das Vertrauen, welches ihm von der Versammlung geschenkt worden ist; er werde auch versuchen, soweit es in seinen Kräften steht, den Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen und den Pflichten, die ihn dieser Stelle auferlegt, voll und ganz nachzukommen. Darauf gab der Gauleiter Kollege Fischer kurze Ausführungen über die Wichtigkeit des Gewerkschaftskonkordates. Kollege Kallier schloß von Seiten der Ortsverwaltung den 1. Bevollmächtigten Kollegen Rosenthal als Delegierten vor. Er führte aus, daß es bei früher stattgefundenen Konferenzen meistens üblich war, den Gauleiter als Kandidaten aufzustellen. Er bitte aber, hiervon abzusehen, da der Vorstand bereits drei Delegierte von den zehn zu wählenden für sich in Anspruch nimmt und man doch bei der Wichtigkeit der Tagesordnung des Kongresses darauf sehen muß, Leute zu delegieren, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis zum Vorstand stehen. Kollege Fischer bewährte sich gegen die Ausführungen des Kollegen Kallier und erklärte, daß er genau die Interessen der Arbeiter zu vertreten würde wie jeder andere Delegierte. Die Abstimmung ergab die einstimmige Wahl des Kollegen Rosenthal als Kandidaten zum Gewerkschaftskonkordat.

Aus Freiberg i. S.

In zwei hintereinander folgenden Mitglieberversammlungen der Fabrik Freiberg wurden heftige Vorwürfe gegen den Vorstand erhoben, da seine Stellungnahme zu der jetzigen Zafalsteuer keine gerechte sei. Sie finden es als selbstverständlich und stehen einstimmig auf dem Standpunkt, daß der Vorstand schon längst müßte Schritte unternommen haben, um eine Protestbewegung einzuleiten und sich nicht erst von den Mitgliedern auffordern zu lassen. Auch das Antwortschreiben vom Vorstand kann die Mitglieder nicht befriedigen; sie finden, daß der Vorstand mit seiner Maßnahme kein Verständnis für die Mitglieder, sondern nur die Interessen der Regierung vertritt. Die Mitglieder Freibergs sind nicht des Willens, mit einer Regierung durch die die dänische Sache zu gehen, wie es der Vorstand gedenkt zu tun. Sie fordern Vertreter, aber nicht Verdränger. Ferner wurden Klagen darüber geführt, daß der Vorstand betreffs Unterstützung nicht mehr Entgegenkommen zeigt. Nach Ansicht des Vorstandes können Mitglieder, die nicht die Höhe von 2 ihres Lohnes an Staatsunterstützung erhalten, Unterstützung aus Verbandsmitteln bekommen. Seltene aber, die erhalten, dagegen keine. Dieses Vorgehen verlegt die Mitglieder in große Erregung, so daß Forderungen stellen wie: gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Wenn das der Vorstand nicht will, soll er sich um Teufel haken. Die Vorwürfe gingen so weit, daß man zur Selbsthilfe überlegen wollte, indem man 50 Prozent der Unterstützung zur Anzahlung entwarf, letzten Endes aber davon Abstand nahm, aber sich mit einem lehrhaften Protest an den Vorstand wandte. Weiter wurde die Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskonkordat beiprohen. Dabei wurde man einig, von einer Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzu-

